

Haushaltsrede 2026

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sehr geehrter Herr Kämmerer, Verehrte Kolleginnen und Kollegen Ratsmitglieder, wertige Gäste,

Einleitung

zunächst danken wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen allen Mitarbeitenden der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen im Rat, die an diesem Haushalt gearbeitet haben. Der vom Kämmerer vorgelegte Entwurf, wurde in diesem Jahr in den Ausschüssen praktisch überhaupt nicht beraten. Angesichts der schwierigen Haushaltslage, traute sich offensichtlich kaum jemand ernsthaft Anträge zum Haushalt zu stellen oder den Verwaltungsentwurf zu hinterfragen. Eine konstruktive Auseinandersetzung zum Haushalt haben wir in den zuständigen Ausschüssen größtenteils vermisst.

Trotzdem ist es keine Selbstverständlichkeit, in nicht nur finanziell schwierigen Zeiten einen Etat vorzulegen, der es ermöglicht, dass unsere Stadt im Jahr 2026 ihre Aufgaben weitgehend erfüllen kann.

Doch wir sollten uns nichts vormachen: Dieser Haushalt gelingt nur durch den Griff in die Rücklage. Noch nicht an die eiserne Reserve – aber wir bewegen uns weiter auf sie zu. Das ist kein Ausdruck kommunaler Verschwendung. Es ist Ausdruck struktureller Unterfinanzierung. Bis 2029 wird uns aus den nächsten 4 Jahren ein Defizit von knapp 70 M€ belasten.

Dies ist meine erste Haushaltsrede und aus den letzten Jahren habe ich gelernt, dass es dafür ein knackiges Zitat braucht. Ich bin bei Angela Merkel fündig geworden: „Alles vom Ende her denken.“

Also erst das Ziel formulieren und dann den Weg finden und entsprechende Entscheidungen treffen. Doch so läuft es in Dorsten gerade bei den großen Dingen nicht. Wir fahren hier auf Sicht, treffen Entscheidungen oft dann, wenn ein Thema unterjährig aufplopt, wie die berühmte Möhre vor der Nase des Esels.

So haben wir (die Grünen eingeschlossen) letztes Jahr spontan für den Kauf eines Klosters gestimmt. Ohne Konzept, aber mit viel Hoffnung, dass sich das gut finden wird. Wir werden es erleben.

So wurde der Standort der ehemaligen Wichernschule aufgehoben, es wurden anschließend für zuviele Schüler angesichts der verbleibenden Grundschulen Container angeschafft und nun wird der Schulstandort Wischernschule neu errichtet.

So gab es eine fertige Neubauplanung hier am hiesigen Rathaus, die noch in der Schulblade liegt und nun wird ein technisches Rathaus im alten Petrinum geplant. Hier soll nach dem erstem Planungsaufschlag ein Betrag von über 21 M€ investiert werden. Ein Vergleich der Konzepte, ein konkretes, aktuelles Planungsziel haben wir bis jetzt nicht.

So wurden umfangreiche Planungsentwürfe unter Einbeziehung eines externen Büros zum Gerichtsviertel erstellt und jetzt auch wieder neu überarbeitet. Hier hätte ein nicht so unscharf gesetztes Ziel deutlich Zeit und Kosten gespart.

Da der Trend zu zwei Zitate geht, möchte ich noch Berthold Brecht zitieren: „Dum mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht und mach noch einen zweiten Plan, gehen tun sie beide nicht.“

Über dieses Stadium sollte Dorsten hinaus kommen.

Die strukturelle Schieflage der Kommunen

Die Kommunen – so auch Dorsten – erhalten seit Jahren nicht ausreichend Mittel, um die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen übertragen werden. Wir finanzieren Pflichtaufgaben, wir sichern soziale Leistungen, wir unterhalten Infrastruktur. Und gleichzeitig sollen wir unsere Städte lebenswert gestalten.

Gerade auf kommunaler Ebene begegnen die Menschen dem Staat unmittelbar. Wenn hier Leistungen eingeschränkt werden, entsteht schnell der Eindruck staatlicher Handlungsunfähigkeit. Und dieser Eindruck ist gefährlich. Er stärkt diejenigen, die vom rechten Rand her mit einfachen Antworten, Spaltung vertiefen und Hass in die Gesellschaft tragen.

Das Problem ist klar: Die Decke ist zu klein. Und wenn man an der einen Stelle ein wenig mehr zieht, fehlt es an einer anderen um so mehr.

Was keine Lösung ist

Kommunale Steuern, wie Grundsteuer, Gewerbesteuer, Hundesteuer, so zu erhöhen, dass sich die Lücke schließt, würde BürgerInnen weit über jegliche Schmerzgrenze belasten und Gewerbe vertreiben.

Dorsten selbst könnte wirtschaftlich aktiv werden um Geld zu erwirtschaften. Unser Vorschlag ist eine Investition in Windenergie, die sich in den Folgejahren auszahlen und den Haushalt entlasten wird. Ein entsprechender Antrag der Grünen ist aktuell in der Beratung.

Pflichtaufgaben zu verweigern ist weder rechtlich möglich noch politisch verantwortbar – denn die Leidtragenden wären nicht Bund oder Land, sondern die Menschen vor Ort. Und buchhalterische Verschiebungen lösen kein strukturelles Problem. Wenn dauerhaft mehr ausgegeben als eingenommen wird, helfen auch kreative Rechenmodelle nicht.

Langfristig müssen Bund und Land die Kommunen besser ausstatten. Ob dies zeitnah geschieht, darf zumindest bezweifelt werden.

Der größere Zusammenhang

Hier sei mir ein kleiner Ausblick über den Stadtrand gestattet: Die finanzielle Schieflage ist kein rein kommunales Phänomen. Statistiken zeigen deutlich im Vergleich mit den

80er Jahren, dass die Einkommens- und Vermögensschere immer weiter auseinander geht. Regierungen unter Führung der CDU möchten an dieses Problem nicht ran, aus Angst die Spitze zu vergraulen. Auf der anderen Seite hat man weniger Angst die finanziell Schwachen weiter zu schwächen, sie schlecht zu reden, sie zu überfordern und gegeneinander auszuspielen.

Wer sich weigert, diese Verteilungsfrage ernsthaft anzugehen, verschärft soziale Spannungen, treibt damit auch kommunale Sozialausgaben weiter nach oben und nimmt in Kauf, dass extremistische Parteien zulegen.

Das werden wir heute nicht lösen. Aber wir müssen verantwortlich damit umgehen.

Kommen wir zurück nach Dorsten.

Sparen – aber mit Augenmaß

Wenn das Geld knapp ist, muss gespart werden. Das ist selbstverständlich. Aber selbst in schwierigen Zeiten braucht es Investitionen in Lebensqualität. Kultur, Grün, Aufenthaltsqualität – das sind keine Luxusprojekte. Sie sind Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Deshalb haben wir als Grüne bewusst kleinere, aber wirkungsvolle Anträge eingebracht:

- **Nachpflanzung von Bäumen** an Stellen, an denen sie fehlen. Jeder zusätzliche Baum ist aktiver Klimaschutz und verbessert die Aufenthaltsqualität. Wir hätten uns hier mehr gewünscht, freuen uns aber, dass dieses Anliegen im Haushalt Berücksichtigung findet.
- **Zwei mobile Schattenplätze**, die besonders an heißen Tagen zum Beispiel auf dem Markt oder dem Bahnhofsvorplatz einen konkreten Unterschied machen werden.

Klimaanpassung ist keine Ideologie. Sie ist Vorsorge.

Artenschutz pragmatisch gedacht

Ein weiterer Antrag betrifft die Grünflächenpflege: Abschnittsweises Mähen von Grünflächen und Straßenbegleitgrün, damit Insekten Rückzugsräume behalten. Eine organisatorische Anpassung mit überschaubarem Mehraufwand, aber spürbarem ökologischem Nutzen.

Da wir die genauen Mehrkosten derzeit nicht beziffern können, ziehen wir diesen Antrag heute zurück und werden ihn im zuständigen Ausschuss erneut einbringen. Artenschutz bleibt für uns ein zentrales Anliegen – auch im kommunalen Alltag.

Unsere beiden heute zur Abstimmung stehenden Anträge betreffen zentrale Zukunftsfragen:

Erstens: Wohnortnahe Ladeinfrastruktur.

Zehn Ladesäulen in Gebieten mit Mehrfamilienhäusern. Elektromobilität darf kein Privileg der Einfamilienhaus-Wallbox sein. Wenn wir Verkehrswende ernst meinen, müssen auch Mieterinnen und Mieter praktikable wohnortnahe Lademöglichkeiten erhalten.

Zweitens: Stärkung des Allgemeinen Sozialen Dienstes.

Eine zusätzliche Stelle, um Familien frühzeitig zu unterstützen. So kann erreicht werden, dass unter Einbeziehung von Fluktuation und anderen Ausfällen auch praktisch und nicht nur theoretisch die benötigten Personalkapazität vollumfänglich vorhanden sind. Prävention ist nicht nur menschlich geboten, sie ist auch wirtschaftlich sinnvoll. Je früher wir helfen, desto geringer sind spätere Folgekosten – finanziell und gesellschaftlich.

Wir bitten Sie daher ausdrücklich um Zustimmung zu diesen beiden Anträgen.

Kritik: Fehlende Transparenz bei Investitionen

Trotz unserer grundsätzlichen Zustimmung sehen wir deutliche Kritikpunkte. Besonders im Bereich Tiefbau fehlt es an Transparenz.

Eine Prioritätenliste mit 19 Maßnahmen der Priorität 1 ist keine Priorisierung. Wenn alles höchste Priorität hat, hat faktisch nichts klare Priorität.

Hinzu kommt die angespannte Personalsituation.

Es ist absehbar, dass nicht alle veranschlagten 8,19 Millionen Euro für die 19 Positionen mit der Priorität 1 und die 20 Positionen mit der Priorität 2 tatsächlich verbaut werden können.

Für uns als Ratsmitglieder entsteht dadurch ein Problem: Wir beschließen Mittel, ohne klar sagen zu können, welche Projekte tatsächlich umgesetzt werden. Das entspricht weder unserem Anspruch an Haushaltsklarheit noch an politischer Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern.

Hier erwarten wir für die Zukunft eine nachvollziehbarere und realistischere Planung.

Fazit

Dieser Haushalt ist eng kalkuliert. Er lässt kaum Spielräume. Er ist Ausdruck struktureller Probleme, die wir kommunal allein nicht lösen können.

Trotz unserer Kritik werden wir ihm zustimmen – aus Verantwortung für die Handlungsfähigkeit unserer Stadt.

Und: wir würden das noch überzeugter tun, wenn Sie heute unseren beiden Anträgen folgen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.